

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 19 für den Wahlkreis 4 August/September 2010



*Liebe Mitbürgerinnen
Liebe Mitbürger,*

am 1. Juli 2010 wurde im Berliner Abgeordnetenhaus ein neues Ausschreibungs- und Vergabegesetz beschlossen, das an die Stelle des bisherigen Berliner Vergabegesetzes tritt. Es regelt, zu welchen Bedin-

gungen im Lande Berlin künftig öffentliche Aufträge erteilt werden und Güter beschafft werden.

Kernbestandteil des neuen Gesetzes ist ein Mindestlohn von 7,50 €, der ungeachtet ggf. niedrigerer Tariflöhne mindestens zu zahlen ist, wenn ein Unternehmen Aufträge für das Land Berlin, einen der Bezirke oder eines der Landesunternehmen erhalten möchte.

Selbstverständlich ist dies nicht das Lohnniveau, auf dem künftig die Mehrzahl unserer Landesaufträge erfolgen soll. In den meisten relevanten Branchen des Bauhauptgewerbes gelten gesetzliche Mindestlöhne, die deutlich darüber liegen, und auch andere regionale Tarifverträge liegen über 7,50 €. Der im Gesetz festgelegte Mindestlohn stellt eine absolute Lohnuntergrenze dar, einen Lohn, der künftig beispielsweise auch für Gebäudereinigung, Wachdienste oder Postdienstleistungen zu zahlen ist, gemäß der Absicht, dass wer arbeitet, von diesem Lohn auch leben können soll!

Nun tauchte in den das Gesetzgebungsverfahren begleitenden Diskussionen auch die Frage auf, ob denn ein Bruttostundenlohn von 7,50 € hierfür überhaupt hinreichend sei. Der Deutsche Gewerkschaftsbund z.B. hat inzwischen die Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 € erhoben. In der Tat ist es offenkundig, dass angesichts von Lohn- und Preisentwicklungen ein solcher Stundenlohn nicht in einem Gesetz ein- für allemal festgeschrieben werden kann. Deshalb gibt es ja im § 2 des Ausschreibungs- und Vergabegesetzes die Ermächtigung für den Senat, den Mindestlohn entspre-

chend anzupassen, wenn es wegen veränderter wirtschaftlicher oder sozialer Verhältnisse notwendig ist.

Das Ausschreibungs- und Vergabegesetz ist aber mitnichten ein bloßes Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge. Nein, es setzt Maßstäbe für eine Auftragsvergabe, die sich auch darüber hinaus an sozialen Kriterien, ökologischen Kriterien, Gleichstellungskriterien und dem Aspekt der Berufsausbildung orientiert. Dies seien „vergabefremde Kriterien“ - so schallte das Lamento aus CDU, FDP und Unternehmensverbänden unisono. Doch was ist dies für eine verengte Sicht auf das Thema öffentliche Auftragsvergabe!

Es geht schließlich um ein Auftragsvolumen von 4 – 5 Milliarden Euro, das Berlin einschließlich der Bezirke und der Landesunternehmen jährlich verausgabt. Dadurch bestimmen öffentliche Auftraggeber in einem nicht unbedeutenden Maße mit, zu welchen Bedingungen im Land Berlin Güter beschafft und Dienstleistungen erbracht werden. Und es ist durchaus Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass hierbei bestimmte Standards eingehalten werden, die unserer sozialen Marktwirtschaft, dem Gebot der Gleichbehandlung und den Grundsätzen nachhaltigen Wirtschaftens entsprechen.

Letztendlich tragen diese Grundsätze auch dazu bei, das volkswirtschaftlich günstigste Angebot zu wählen – nicht nur das kurzfristig betrachtet billigste! Daher haben wir auch den Aspekt der Lebenszykluskosten eines Produkts in das Gesetz eingebracht, denn es ist offenkundig, dass nicht zwangsläufig das in der Anschaffung billigste Gut auch die in der Unterhaltung, Wartung und hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Folgekosten wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Vielleicht sehen wir uns auf dem Lietzenseefest am 4. September?

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Hot Town - Summer in the City West

Am 11. Juli 2010 liegt die sonntägliche Ruhe träge auf der Stadt und der RBB meldet um 16:00 noch dazu 40° C in Charlottenburg – es ist mächtig heiß! Wohl kaum dürfte es sich hier um einen Fieberschub wegen des anstehenden WM-Finales zwischen den Spaniern und den Niederländern handeln, denn beide Nationen sind nicht so stark in Charlottenburg vertreten. Vielmehr ist das schon ein Temperaturekord – Charlottenburg, hot Town, der heißeste Platz der Republik? Da kommt man ins Grübeln: Ist das der Klimawandel? – Natürlich nicht – ein Hitzetag ist noch kein Klimawandel, wie auch eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, aber viele Schwalben schon. Es ist also eine Frage der Häufigkeit, wie oft wir mit solchen heißen, ja tropischen Temperaturverhältnissen konfrontiert werden.

Klimaforscher gehen schon länger dieser Frage nach, wie sich das Klima ändern wird. Sie prognostizieren, dass in Berlin die Jahresdurchschnittstemperatur um ca. 2,5°C bis 2050 ansteigen wird - D. h. die Winter werden milder und nasser und die Sommer heißer und trockener. Gerade in der Innenstadt kommt es dann zu sog. urbanen Hitzeinseln. In dem neusten Klimagutachten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) für Berlin ist das gut an der Anzahl der sog. wärmebelasteten Tagen ablesbar. Während in Schönefeld nur 9,2 Tage im Jahresdurchschnitt registriert werden, sind es in Tegel schon 9,9, in Dahlem 16,0 und auf dem Alexanderplatz 17,5. Ursache für diese Temperaturverteilung in der Stadt ist die Siedlungsstruktur. Die Gebäude wirken wie große Wärmespeicher und behindern die Durchlüftung. Wenn da noch Grün- und Wasserflächen fehlen, fällt die „städtische Klimaanlage“ aus und es wird unerträglich heiß. Wie hat Joe Cocker schon 1966 recht passend intoniert: „hot town summer in the city/ .../ Doesn't seem to be shadow in the city/ all around people looking half dead“ ...- die Hitze beeinträchtigt also unsere Lebensqualität in der Stadt.

Für die Zukunft stellt der DWD in seinem Klimagutachten fest, dass bis 2050 die Anzahl der Hitzetage um 50% zunehmen und sich bis zum Jahr 2100 fast verdreifachen wird. Kurz gesagt, der Klimawandel wird Berlin mediterrane Verhältnisse beschicken, vergleichbar dem heutigem Rom oder Neapel – selbstverständlich nur klimatisch betrachtet. Wie können wir mit diesem Klimawandel in der Stadt umgehen. Zum einen geht es darum, die Ursa-

chen zu erkennen und zu beseitigen, denn der Klimawandel ist durch den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ von den Menschen selbst verursacht. Da hilft nur eins, die radikale Einschränkung bis hin zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen, wie Kohle, Erdöl und Gas. Dann könnte im besten Fall die globale Erderwärmung bei ca. +2°C abgebremst werden und Folgen des damit verbunden Klimawandels wäre noch beherrschbar.

Für uns Stadtmenschen heißt das, dass wir uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen haben, und gleichzeitig den Klimaschutz, sprich die CO₂-Reduktion vorantreiben müssen. Das klingt komplizierter, als es ist. Die Maßnahmen sind uns durchaus bekannt: Wir brauchen mehr Grün in der Stadt, in Form von kleinen Grünanlagen, Parks und Bäumen. Da trifft es sich gut, wenn Bürger und Bürgerinnen Straßenbäume gießen und Baumscheiben begrünen und Beete bepflanzen. Das Begrünen eines Hinterhofs ist ein perfekter Beitrag und adelt als Hofgarten ein klassisches Mietshaus. Auch Patenschaften für Springbrunnen und Wasserspiele sind zukunftsweisend für ein Bürgerengagement in einem klimarechte Kiez. Es sind Ideen gefragt, wie man mit den Risiken, aber auch mit den Chancen des Klimawandels in der Stadt umgeht – Bange machen allein gilt nicht! Wie wäre es mit einer hot town fashion week mit City-Sonnenhüten und Berlin-Beach-Flipflops – wer würde da schon noch Borsalinos und Ipanema Badeschlappen haben wollen. Eine Strandbar wäre als passende Location leicht ausgemacht, denn Kiez und Karibik am Spreestrand wäre längst ein eingeführter Werbeslogan des Berlin-Tourismusmarketings. Denn wie röhret Joe Cocker so treffend weiter: „cool town, evening in the city/ go out and find a girl/ come on, come on an dance all night/ despite the heat it will be alright/ in the summer in the city.“

*Dr. Heike Stock
Vorsitzende des SPD-Fachausschusses
Natur, Energie und Umwelt*

Vorgestellt: „Wir für alle e.V.“

Verein zur Unterstützung sozial benachteiligter Menschen

Im März 2010 haben SPD-Mitglieder den Verein „Wir für alle e.V.“ gegründet.

Ziel des Vereins ist es, sozial benachteiligte Menschen zu unterstützen. Diese Unterstützung soll nicht dauerhaft zum Lebensunterhalt beitragen, sondern viel mehr ein Teilhaben an der Gesellschaft, an „kulturellen“ Veranstaltungen bieten.

Oft ziehen sich Menschen zurück, wenn sie nicht „mithalten können“ mit ihrer Umgebung. Diese Menschen wollen wir erreichen und ihnen schöne Momente bescheren!

In der **ersten Phase** werden wir für den Verein Mitglieder gewinnen, die Beiträge bezahlen und Aktivitäten organisieren, über die Spenden akquiriert werden können.

In der **zweiten Phase**, spätestens Anfang 2011 wird der Verein z.B.:

- Ausflugsfahrten für Senioren anbieten, die es sich sonst nicht leisten könnten,
- Zoobesuche mit Kindern machen, deren Eltern dies nicht bezahlen können,
- Nachhilfe für Kinder einkommensschwacher Familien organisieren
- und, und, und

Klingt banal, ist es aber nicht! Mit diesen Kleinigkeiten kann man einige Menschen glücklich machen und ihre Herzen gewinnen!

Aber dafür brauchen wir Ihre/Eure Unterstützung! Werden Sie/Ihr Mitglied im Verein, spendet Geld und/oder nehmt an unserer Erlebnisdampferfahrt am 29. August 2010 teil! Auch ehrenamtliche personelle Unterstützung können wir gebrauchen!

Unterlagen und Kontakt über:

„Wir für alle e.V.“ c/o Rudolf Spangenberg; Hanauerstr.48, 14197 Berlin; Tel./Fax. (030) 827 09 511

SPD-Erlebnisdampferfahrt „ins Blaue“

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Am **29.08.2010** haben wir eine Dampferfahrt ins Blaue organisiert.

Der Dampfer, die „Havelland“, legt um 10:30 Uhr am Wannsee ab und ist um ca. 16:00 Uhr wieder dort am Steg.

Gemeinsam mit Euch wollen wir einen schönen Tag verbringen. In ungezwungener Atmosphäre können wir Gespräche führen oder uns einfach nur entspannen!

Außerdem tun wir das für einen guten Zweck!

„Wir für alle e.V.“ ist ein neu gegründeter Verein, der sozial schwache Menschen und Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund unterstützen möchte. Von den 20,- Euro Fahrpreis gehen, je nach Anzahl der Mitfahrenden, 3,- bis 5,- Euro an den Verein.

Ein Softgetränk pro Person ist übrigens inklusive. Weitere Getränke und Speisen können an Bord erworben werden.

Hiermit melde ich mich für _____ Personen an:

Name, Vorname: _____

Wohnort, Straße: _____

Telefon bei Rückfragen: _____

Unterschrift: _____

Den Kostenbeitrag in Höhe von _____ € habe ich auf das Konto

Wir für alle e.V.

Kontonummer: 224 54 8000

Bankleitzahl: 100 900 00 ; Berliner Volksbank überwiesen.

Wir für alle e.V.: c/o Rudolf Spangenberg; Hanauerstr.48, 14197 Berlin; Tel./Fax. (030) 827 09 511

Campus Charlottenburg

– Braintrust „Zukunft der Arbeit“

Berlin, Hauptstadt der Arbeitslosen oder Hauptstadt der Erfinder und Erneuerer?

Beides trifft zu, aber nicht nur. Noch immer ist jeder achte Arbeitnehmer ohne Stelle, und der Trend, sich aufgrund besonderer Geschäftsideen selbständig zu machen, manchmal mit Erfolg, nimmt zu. Aber es gibt einen Aufwärtstrend anderer Art. Sind wir also auf dem richtigen Weg?

Sinn allen Wirtschaftens sollte es sein, das Auskommen aller Bürger zu gewährleisten und nicht nur über den abstrakten Begriff „Vollbeschäftigung“ zu schwadronieren. Menschen – und zwar alle – müssen von ihrer Hände und Köpfe Arbeit kulturell leben, nicht nur existieren können.

Wie aber soll das gehen ohne ausreichende Basis von Industrie, Handel und Dienstleistung? Berlin hat nach dem Mauerfall die großen Fabriken, jene verlängerten Werkbänke aus der Zeit der Teilung, verloren und neue kaum hinzugewonnen. Geblieben sind einige Betriebe vor allem der Pharmaindustrie, des Handels und der schrumpfende Öffentliche Dienst, zu wenig, um dem Sockel der Beschäftigungslosigkeit zu Leibe zu rücken.

Notwendig ist eine Politik der Umkehr, des langen Atems, die sich auf die Stärken unserer Stadt besinnt ohne noch bestehende Möglichkeiten industrieller Belegung aus dem Auge zu verlieren. Das setzt ein Nachdenken in Zusammenhängen voraus, woran sich Wissenschaft, Wirtschaft und Politik beteiligen.

Hier liegt die Chance Berlins,

insbesondere die unseres Bezirks Charlottenburg - Wilmersdorf mit seinen zwei Hochschulen, der TU Berlin, der Universität der Künste, 32.000 Studierenden, 6.000 Wissenschaftlern, fünf Theatern und Hunderten von Betrieben des Designs, der Gastronomie und des Einzelhandels, beste Voraussetzungen also für einen Campus in der Innenstadt, der es mit Adlershof und Buch aufnehmen kann.

Bereits im Dezember 2008 haben Wirtschaftsförderer, Bezirksamt, Senatsverwaltung und Hochschulmanager das Projekt NAVI BC im Amerikahaus in der Hardenbergstr. ins Leben gerufen. NAVI BC steht für „nachhaltige Vitalisierung des Bezirks Charlottenburg“, heute bekannt unter dem Begriff „Campus Charlottenburg“. Gedacht ist an ein „Charlottenburg Valley“. Seine Ziele: Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Vernetzung von Möglichkeiten der Wissenschaft zur Erforschung von Voraussetzungen, die bei der Gründung von Unternehmen namentlich der Hochtechnologie und des Designs bestehen müssen. Dazu gehören so profane Dinge wie die Beseitigung baulicher Barrieren, die nicht nur hässlich sind, sondern auch die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen über kurze Fußwege behindern. Hinzu kommen müssen Möglichkeiten der Hilfe beim Abschluss preisgünstiger Mietverträge; es kann nicht sein, dass Gründer Absagen erhalten, während auf dem Campus Büroflächen leer stehen.

Beispiele sind Adlershof und Buch.

Im ersten Fall haben 1993 der Berliner Senat, der Bezirk Köpenick, die Humboldt- Universitäten und deren Forschungsinstitute den Ausbau des Technologieparks zum gemeinsamen Projekt gemacht. Es hat Regierungswechsel, Wirtschafts- und Koalitionskrisen überlebt.

Heute siedeln auf dem Campus mehr als 400 Firmen der Hochtechnologie. 600 Millionen öffentlicher Fördermittel haben zu einem Geflecht geführt, das mehr als eine Milliarde Euro jährlich zur Bruttowertschöpfung Berlins beiträgt. Für die Biotechnik aus Buch, das mit den Kliniken der Charité und mit großen Forschungsinstituten verbunden ist, gilt Ähnliches.

Alles Gründe, die dafür sprechen, das Projekt NAVI energisch voranzutreiben. Bereits heute belegen Studien, dass die TU Berlin, deren Gründerzentrum bereits 2008 aus allen Nähten geplatzt ist, mehr als 11.000 Jobs in Berlin gesi-



Das Amerika Haus – Sitz des Projektes NAVI-BC

chert hat. Dies in Branchen der Designer, Musiker, Filmemacher, Modeschöpfer, Künstler und Galleristen, die in Berlin mittlerweile mehr Jobs bereitstellen als die gesamte verarbeitende Industrie.

Gerade wer diese Tatsache kritisiert

und darauf verweist, dass Güter des täglichen Bedarfs und die zu ihrer Herstellung erforderlichen Maschinen nach wie vor der industriellen Basis entspringen, sollte daran denken, dass sich eben diese Grundlage radikal gewandelt hat. Exakt an dieser Stelle ist der Wissensarbeiter erforderlich, der hoch qualifizierte Ingenieur und Computerspezialist, der trainierte mit komplizierter Software vertraute Facharbeiter, der phantasiebegabte Organisator, der Kostenrechner und Finanzier mit profundem Wissen und – nicht zuletzt – der Umweltexperte. Sie alle arbeiten zusammen, vernetzen ihre Möglichkeiten und sind – trotz hervorragender Bildung – auf den Rat der Wissenschaft angewiesen. Nur dann sind sie in der Lage, die Produkte auf den Markt zu bringen, für die ein kaufkräftiges Bedürfnis, also ein Bedarf, besteht. Dabei wollen sie nicht nur arbeiten, sondern auch entspannen, Aufführungen der Opernhäuser, Theater und der Kinos sowie die Gastronomie genießen. Das aber können sie nur in einem urbanen Umfeld der Metropole eines bedeutenden Landes.

Eine Herkulesaufgabe

Dem Campus Charlottenburg und seinem Projekt NAVI steht die Lösung einer Herkulesaufgabe bevor, soll dem Verweis auf die Möglichkeiten der Nischenwirtschaft für individuelle Ideen Arbeitsloser und phantasievoller Erfinder die entscheidende Möglichkeit hinzugefügt werden, um Produktion, Handel und Dienstleistung auf eine neue Stufe zu heben, die jedem Menschen das Auskommen gewährleistet. Gemessen an der Förderung, die Adlershof und Buch erfahren haben, nehmen sich die für unseren Bezirk in Aussicht genommenen Mittel – gelinde gesagt – bescheiden aus. Insoweit wird noch viel argumentative Arbeit geleistet werden müssen, besonders dann, wenn es darum geht, das Projekt zu erweitern zwecks Ergündung der Voraussetzung jeglicher wissenschaftlicher Arbeit: der Etablierung eines breiten Unterbaus öffentlicher Schulen, das den aus dem Boden schießenden privater Schulen Paroli bieten kann.

Helmut Kynast

An dieser Stelle erinnern wir an bedeutende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Charlottenburg-Wilmersdorf

heute:

Viel bewegt – Ingrid Stahmer

Als Spross einer Bremer Kaufmannschafts-, Offiziers- und Ärztesfamilie war ihr eine solche Karriere in der Berliner SPD nicht in die Wiege gelegt. Das Politische lag ihr trotzdem ausgesprochen.

Schon als gewählte Schülerparlamentspräsidentin wurde Ingrid Stahmer vom Motto geprägt: „wer etwas bewegen will, muss sich bewegen.“ Daran hält sie sich bis heute. Nach der Schule begann sie eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin und merkte schnell, dass die rein praktische Sozialarbeit ihr nicht ausreichte. 1964 trat sie daher in Bremen der SPD bei - als Mitglied mit Ambitionen auf Einfluss, zunächst aber nicht auf Funktionen. Beides kam in Berlin.

1965 war ein Jahr der Veränderung. Sie zog ihrem Mann nach Berlin nach, der hier bereits zwei Jahre am Osteuropainstitut seine juristische Ausbildung komplettierte, und hieß nach der Hochzeit Stahmer. Im selben Jahr beendete sie ihre Ausbildung und begann in der Säuglings-, Kleinkinderfürsorge und Erziehungsberatung, später in der Familienfürsorge im Bezirksamt zu arbeiten.

Auch in der Partei kamen nicht nur Einfluss, sondern auch Funktionen dazu. In der heutigen Abteilung 78 war sie vier Jahre lang Kassiererinnen ehe sie mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden die Lagerbildung überwinden konnte.

1971 war ebenfalls ein wichtiges Jahr für Ingrid Stahmer, zunächst zum Nachteil der Partei, von der sie für vier Jahre bewusst eine Pause machte. Jungensensatorin Ilse Reichel trug ihr eine seit längerem vakante Leitung der AG Kindertagesstättenaufsicht an, weil sie die Bezirksamtsmitarbeiterin als der Stelle in der Senatsverwaltung gewachsen ansah. Stahmer nahm die berufliche Herausforderung gern an, um dort die Berliner Kindertagesstätten konzeptionell auf die Füße zu stellen, die noch heute das System tragen. Hier wurden grundsätzliche Vorschläge erarbeitet und umgesetzt, die die Kindergärten und Krippen von Betreuungsstätten zu tatsächlichen Bildungseinrichtungen weiterentwickelten, in denen die Integration von behinderten und ausländischen Kindern und die Mitwirkung von Erziehern und Eltern praktiziert wurde. Zeitgleich absolvierte Stahmer eine sozialpsychologische Zusatzausbildung in Gruppendynamik und Organisationsberatung.

Als 1981 auf Senatsebene ein politischer Wechsel stattfand, nahm sie das ihr angebotene Charlottenburger Bezirksstadtratsamt für Soziales an, welches sie

zwei Perioden hielt. Diese Zeit ist für sie rückblickend -neben der Wendezeit - die spannendste gewesen, weil sie viele Möglichkeiten hatte, die Arbeit nicht nur auszuführen, sondern auch zu lenken. Hier kam sie am nächsten an die von ihr favorisierte Definition der Macht von Hannah Arendt heran, nämlich „gemeinsam mit anderen etwas durchzusetzen“. Unter dem Stichwort „Stelle statt Stütze“ verschaffte Stahmer u.a. gegen große Widerstände Sozialhilfeempfängern für ein Jahr eine tariflich bezahlte gemeinnützige Arbeit.

Ihre Erfolge auf Bezirksebene führten in den 80ern sogar zur Erwägung einer Kandidatur zur Regierenden Bürgermeisterin. Der damalige SPD-Landesvorsitzende Walter Momper setzte sich jedoch durch und wurde später Regierender Bürgermeister des rot-grünen Senats. Ingrid Stahmer wurde Bürgermeisterin von Berlin und Senatorin für Gesundheit und Soziales. Sie sorgte in der Zeit nach dem Mauerfall für die notwendigen Veränderungen der gesundheitlichen und sozialen Infrastruktur und die Verständigung zwischen Ost und West in der sozialen Stadtentwicklung.

Bei den ersten gesamtberliner Wahlen Ende 1990 trat sie nicht für das Amt der Stellvertreterin an, weil sie eine Besetzung aus dem Ostteil der Stadt für richtig hielt. Zugleich wurde ihr Ressort aus Koalitionsarithmetik aufgeteilt; sie gab den Bereich Gesundheit ab.

Ihrem Einfluss tat das keinen Abbruch. 1995 wurde sie Spitzenkandidatin für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, was ihr Mann mit den Worten quittierte: „Du bist verrückt, Dich so sehr in die Hand Deiner Partei zu geben.“ Sie tat es trotzdem. Die Gegenkandidatur von Walter Momper erleichterte ihr ebenso wenig den Wahlkampf wie der Negativtrend der Bundes-SPD mit Scharping als umstrittenem Kanzlerkandidaten. Die Wahl ging verloren und Stahmer lernte den Zusammenhang der Wörter „Scheitern“ und „Scheiterhaufen“ bitter kennen. Da sie trotzdem etwas bewegen wollte, wurde sie Senatorin für Schule, Jugend und Sport und konnte dort verwandte Bereiche aus einer Hand bearbeiten.

Nach 18 Jahren hauptamtlicher Politik arbeitet Ingrid Stahmer freiberuflich als Trainerin für Führungskräfte in Wirtschaft, Kultur und Politik und hat vor, noch lange Zeit viel zu bewegen.



Joachim Wagner

Aus dem Bundestag • Aus dem Bundestag • Aus dem Bundestag • Aus dem Bundestag •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

wie jedes Jahr habe ich diesen Sommer die „plenarfreie Zeit“ dazu genutzt, vor Ort im Wahlkreis mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich war mit meinen „Sommergesprächen 2010“ nicht nur mit meinen Infostand auf Wochenmärkten zu finden, sondern auch unterwegs bei Geschäftsstraßen-begehungen, bei Vereinen, Organisationen und Institutionen, um mich vor Ort und im Gespräch zu informieren, was die Menschen bewegt, freut oder stört.

Die parlamentarische Arbeit beginnt Anfang September mit Klausurtagungen der Fraktionen, ihrer Gremien sowie der Arbeitsgruppen. Die erste Sitzungswoche im Herbst ist dann die „Haushaltswoche“, in der der Entwurf von Schwarz-Gelb für den Bundeshaushalt 2011 vorgelegt und debattiert wird. Anschließend beginnen die Beratungen in den Ausschüssen. Es wird mein zweiter Bundeshaushalt sein, den ich als Vorsitzende des Haushaltsausschusses begleiten werde. Lange Sitzungen liegen vor mir, aber ich freue mich drauf. Wichtig ist, dass nach dem unsozialen Sparpaket der Regierung, Schwarz-Gelb ihren Kurs nicht einfach so fortsetzt. Sparen - also kürzen - müssen wir, auch wenn die guten Wirtschaftsdaten einen anderen Eindruck vermitteln und den Druck hier nehmen könnten. Konsolidieren ja, aber mit Augenmaß, gerecht und nicht auf Kosten der Schwachen. Hier sind wir als Sozialdemokraten besonders gefragt, um das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen und Alternativen zu unterbreiten. Und die guten Umfragewerte für Rot-Grün geben uns recht. Wir haben die besseren Inhalte!

„Peer Steinbrück zur Schuldenkrise“

Wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete laden am Dienstag, dem 5. Oktober 2010, zu einer Fraktion-vor-Ort Veranstaltung in den Deutschen Bundestag ein. Als Gast begrüßen wir unseren Kollegen, den ehemaligen SPD-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der über die Schuldenkrise und die Folgen für den Bundeshaushalt diskutieren wird. Falls Sie Interesse haben, daran teilzunehmen, melden Sie sich bitte in meinem Büro. Die genauen Daten teilen wir dann gern mit.

Tag der Ein- und Ausblicke

Am 12. September 2010 veranstaltet der Deutsche Bundestag den „Tag der Ein- und Ausblicke“. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben an diesem Tag Gelegenheit, mit den Abgeordneten, den Fraktionen und der Bundestagsverwaltung in Kontakt zu treten. Das Parlament präsentiert sich von 9.00 bis 20.00 Uhr (letzter Einlass 19.00 Uhr) in den einzelnen Liegenschaften. Neben einem informativen Hauptprogramm (Vorträge, Präsentationen, Führungen und Ausstellungen) wird den Besuchern ein unterhaltsames Rahmenprogramm mit Musikauftritten und Kinderaktionen geboten. In der Halle des Paul-Löbe-Hauses präsentieren sich die Ausschüsse und die Bundestagsverwaltung mit Ständen und moderierten Podiumsdiskussionen. Auch „mein“ Haushaltsausschuss stellt sich dort vor. Ich biete als Vorsitzende des Haushaltsausschusses zwei Gesprächsrunden an: von 10 bis 10.45 Uhr und von 13.00 bis 13.45 Uhr, im Paul-Löbe-Haus, Eingang West, Raum E 400. Vielleicht schauen Sie mal vorbei?

Ihre



Ihre Bundestagsabgeordnete für Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 80**,
Goethestraße 80, 10623 Berlin,
Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68
E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de

Öffnungszeiten bis 30.9.2009:
Montag bis Freitag 10 – 18 Uhr
www.petra-merkel.de

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Abbestraße

Sprechstunde:

Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - So 16³⁰ - 1⁰⁰

Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81

Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin

direkt am U-Bhf. Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 80; 10623 Berlin

liegt zwischen Frauhofenstraße und Einsteinufer.

Alter Name: seit 1888 Werner-Siemens-Straße benannt nach Wemer von Siemens geboren 13.12.1816 in Lenthe, gestorben 6.12.1892 in Charlottenburg. Er erfand 1846 den Zeigertelegraphen, 1866 die Dynamomaschine und errichtete 1883 mit Halske in der Franklinstraße die erste große Fabrik, die Geburtsstätte des Siemenskonzerns. Er wohnte bis zu seinem Tode in der Berliner Straße 36, heutige Otto-Suhr-Allee. Der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt schenkte er ein Kapital von 500.000 Mark und das Gelände, auf dem es errichtet werden konnte.

Seit 30.03.1950 heißt sie nach dem Physiker und Sozialreformer Ernst Abbe geboren am 23.01.1840 in Eisenach, gestorben 14.01.1905 in Jena. Durch seine Forschungen auf dem Gebiet der Optik wurde er zum Begründer der modernen optischen Technik. Als Sozialreformer führte in seinem Werk (Glaswerk Schott und Genossen) die Gewinnbeteiligung für alle Mitarbeiter, Pensionsberechtigung, beschränkte Kündbarkeit, Urlaub, den Achtstundentag und die Bezahlung der Überstunden ein.

Unter Denkmalschutz steht der Block Abbestraße 2-12, in dem sich die Physikalisch-Technische Bundesanstalt mit seinem Observatorium befindet.

Gedenktafel: Am Block 2-12

Hier wirkte als erster Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt

Hermann von Helmholtz (1821-1894)

Vollender der Klassischen Physik

Wegbereiter des wissenschaftlich-

Technischen Zeitalters

Jürgen Behrend